



Koalitionsverhandlungen – wer Fakten und Hintergründe kennt, ist im Vorteil

Es ist eigentlich nichts Neues: Bei jeder Landtagswahl gibt es Wahlprogramme – Programme, die auf Parteitage beschlossen wurden und die Grundlage für die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler bilden. Dabei ist vielen durchaus bewusst, dass bei der Bildung einer Koalition Einigungen erzielt werden müssen, insbesondere dort, wo sich Unterschiede zwischen den Programmen zeigen.

Im Grunde erscheint das Verfahren einfach: Man erstellt eine Synopse der Wahlprogramme. Bei Punkten, die unterschiedlich bewertet werden, bedarf es einer Verständigung darüber, was und wie etwas umgesetzt werden kann. Themen, die nur von einer Partei aufgegriffen wurden, müssen geprüft werden, ob sie gemeinsam umgesetzt und getragen werden können und sollen. Der Orientierungsrahmen bleibt das, was in den Wahlprogrammen festgehalten ist. Doch genau hier beginnen die Probleme. Plötzlich rücken andere Themen in den Fokus – mitunter solche, die möglicherweise dazu geführt hätten, dass Wählerinnen und Wähler ihre Entscheidung für eine Partei anders getroffen hätten.

Zugleich gibt es Themen, bei denen die Wählerschaft erwartet, dass sich Verhandlungsgruppen nicht gegenüber den Positionen der jeweils anderen Seite verschließen. So zum Beispiel bei der Erhöhung der Polizeizulage sowie deren Ruhegehaltsfähigkeit.

Doch wer führt eigentlich Koalitionsverhandlungen – Partei oder Fraktion? Grundsätzlich handelt es sich um parteipolitische Verhandlungen. Die Parteiführungen entscheiden über die Aufnahme von Gesprächen, führen diese und unterzeichnen den Koalitionsvertrag. Anschließend muss dieser von den Parteigremien – etwa durch Parteitage oder Mitgliederentscheide – angenommen werden. Das schließt nicht aus, dass auch Fraktionsmitglieder oder Experten mit Fachexpertise an den Verhandlungen teilnehmen.

Ob tatsächlich stets die geeignetsten „Partei“-Spezialisten als Fachleute entsandt werden, erscheint jedoch mitunter fraglich, ist für die Beschäftigten der Polizei aber natürlich schon ein zentraler und entscheidender Erfolgsfaktor. Aber sind in der Zusammensetzung der Verhandlungsgruppen wirklich immer die dort ausgewiesenen Expertinnen und Experten vertreten? Verfügen die Teilnehmenden über vertiefte Kenntnisse etwa im Beamten- oder Tarifrecht und können sie diese unmittelbar in die Verhandlungen einbringen? Erkennen sie die entscheidenden Knackpunkte? Für Außenstehende – und, zugegeben, auch für uns – bleibt vieles undurchsichtig. So



bedienen sich einige offenbar der Einschätzungen des Innenministeriums, ohne zu berücksichtigen, dass dessen Positionen teilweise überhaupt nichts mit dem Willen der Parteien oder gar den Interessen der Beschäftigten zu tun haben.

Heute, eine Woche vor dem 1. Mai 2026, kennen wir noch keine Ergebnisse. Mit Blick auf die Zusammensetzung der Verhandlungsgruppen gab es teilweise positive Überraschungen, in anderen Fällen mussten wir ein großes Fragezeichen machen. Die Forderungen der Deutschen Polizeigewerkschaft bleiben klar und unverändert. Dazu zählen die Erhöhung der Polizeizulage sowie die Einführung ihrer Ruhegehaltsfähigkeit. Wer dies verhindert, darf sicher sein, dass wir es nicht vergessen. Auch im gehobenen Dienst besteht dringender Handlungsbedarf: Der Abbau der Bewertungsüberhänge ist ebenso notwendig wie verlässliche Perspektiven in A 10 – 400 Beförderungen reichen hierfür nicht aus. Zudem braucht es mehr Personal: Vollzug, Tarif und Verwaltung müssen gleichermaßen gestärkt werden.

Eines ist sicher: Nach der Wahl ist vor der Wahl.

Ihr/euer

Dirk Preis, Landesvorsitzender

Zulage zum lageorientierten Dienst (LOD)

Zu unseren langjährigen Forderungen gehört die Erhöhung des LOD sowie eine Zulage für geschlossene Einheiten. Ebenso zählen dazu Zulagen im Bereich der Bearbeitung von Kinderpornografie sowie



Jürgen Engel, stellvertretender Landesvorsitzender

eine Vertreterzulage, die ohne zeitliche Befristung gewährt werden sollte – und zwar nicht nur für Revierführer, sondern für alle Vertretungsfunktionen. In das Wahlprogramm der CDU hat es allerdings lediglich das Thema LOD geschafft.

Problematisch bei einer Erhöhung des LOD ist – das zeigen Erfahrungen aus Bayern – die steuerrechtliche Behandlung. Dort führte eine Anhebung dazu, dass Kolleginnen und Kollegen im mittleren Dienst sowie im Einstiegsbereich des gehobenen Dienstes höhere Steuern auf die Erschwerniszulage zahlen als Beamtinnen und Beamte in A 12 und A 13. Eine Korrektur wäre nur durch den Bundesgesetzgeber möglich, der bislang nicht tätig geworden ist.

Wer den LOD erhöhen will, muss dies daher sorgfältig angehen. Es geht nicht allein um die häufig diskutierten fünf Euro, sondern vor allem darum, was am Ende tatsächlich im Geldbeutel der Beschäftigten ankommt. Zwar wirkt sich die in den Tarifverhandlungen vereinbarte Verdoppelung der Schichtzulage unmittelbar aus – Schichtdienstleistende erhalten rund 50 Euro zusätzlich. Davon profitieren jedoch ausschließlich Schichtdienstleistende. Beschäftigte, die keinen Schichtdienst leisten und ihren Dienst oft zu unplanbaren Zeiten verrichten, können derzeit lediglich über die LOD-Erschwerniszulage einen Ausgleich erhalten.

Nach § 3b Abs. 1 Nr. 1 EStG ist diese Erschwerniszulage steuerfrei, sofern sie **25 Prozent des Stundenlohns** nicht übersteigt. Dabei wird nach Zeiträumen differenziert: Für Arbeit zwischen 20 Uhr und 0 Uhr sowie zwischen 4 Uhr und 6 Uhr gelten Zuschläge bis zu 25 Prozent als steuerfrei. Für Nachtarbeit zwischen 0 Uhr und 4 Uhr erhöht sich der steuerfreie Zuschlagsatz auf **40 Prozent des Stundenlohns**.

Vor diesem Hintergrund kann es sinnvoll sein, die LOD-Zeiten neu zu gestalten – etwa durch höhere Zuschläge in den Stunden zwischen 0 Uhr und 4 Uhr. Entscheidend ist, dass Zuschläge, die ursprünglich steuerfrei waren, nicht durch eine ungünstige Ausgestaltung steuerpflichtig werden. Maßgeblich bleibt das Verhältnis zum Stundenlohn.

Steuerfrei sind dem Grunde nach:

- Sonn- und Feiertagsdienst = 4,21 Euro/Std.
- Nachtdienst in den donnerstags, freitags und samstags sowie vor gesetzlichen Feiertagen beginnenden Nächten = 2,91 Euro/Std.
- Nachtdienst in den übrigen Nächten = 1,28 Euro/Std.

Steuerpflichtig sind:

- Samstagnachmittagsdienst = 0,77 Euro/Std.
- Dienst an den Samstagen vor Ostern und Pfingsten nach 12 Uhr = 4,21 Euro/Std.
- Dienst am 24. und 31. Dezember jeden Jahres nach 12 Uhr = 4,21 Euro/Std.

Je nach Verhältnis zum Stundenlohn können allerdings auch Nachtzuschläge steuerpflichtig werden.

Im Grundsatz ließe sich das Problem vergleichsweise einfach lösen: Durch eine Anhebung des Grundgehalts und damit des Stundenlohns könnte sichergestellt werden, dass ein erhöhter LOD-Satz – beispielsweise fünf Euro – unterhalb der 25-Prozent-Grenze bleibt.

Zudem besteht Spielraum bei den seit Jahrzehnten unveränderten Mini-Zulagen, die man leicht verdoppeln oder verdreifachen könnte, ohne dass dies jetzt schon negative Auswirkungen hätte. —

INHALT

- 2 Zulage zum LOD
- 3 Innere Sicherheit
- 4 Vorstellung des Tactical Arm Shield
- 5 Polizeizulage
- 5 Notartermin
- 6 Mitgliederversammlung PTLs Pol und HfPol Biberach
- 7 Jahreshauptversammlung Rems-Murr
- 8 Volleyballturnier KV HfPol Biberach

Innere Sicherheit gibt es nicht im Discounter und nicht zu Billigpreisen

Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Baden-Württemberg, Dirk Preis, hat sich während der Sondierungsgespräche und der Diskussion über deren Dauer mahndend zu Wort gemeldet: „Wir erwarten detaillierte Vereinbarungen zur inneren Sicherheit im Koalitionsvertrag. Wir werden keine Kröten wie bei der letzten Koalitionsvereinbarung schlucken.“

Preis weiter: „Für die Demokratie ist das die Nagelprobe. Innere Sicherheit verträgt keine Haushaltsvorbehalte. Die Sicherheit in Baden-Württemberg ist schlechter als oft dargestellt. Die innere Organisation der Polizei ist – gelinde formuliert – nicht gut. Wir brauchen einen Neuanfang: mehr Personal, mehr Gerechtigkeit und Ausgleich in der Bezahlung, einen Modernisierungsschub sowie klare Strategien und einen verlässlichen Kompass. Dabei gibt es nur ein Ziel – die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Wenn wir hier nicht real besser werden und uns weiter an geschönten Zahlen orientieren, werden wir dem Extremismus zum Opfer fallen.“

Der Landesvorsitzende der DPoIG Baden-Württemberg fand damit deutliche Worte an diejenigen, die derzeit an der Bildung einer Regierung und eines Regierungsprogramms arbeiten. Die Bürgerin-



© DPoIG

Dirk Preis (links) und Marion Gentges (MdB der Justiz und für Migration)

nen und Bürger erwarten zu Recht eine verlässliche und funktionierende Landesregierung und wollen in Sicherheit leben. „Bei allem Respekt – ein einfaches ‚Weiter so‘ wie in den vergangenen fünf Jahren kann sich die innere Sicherheit nicht leisten“, betonte Preis.

Er zeichnet ein düsteres Bild: Mord und Totschlag, Bandenkriminalität, Drogenhandel, Cyberkriminalität, eine explosionsartige Zunahme von Gewaltdelikten, Angriffe auf Beschäftigte im öffentlichen Dienst, überlastete Gerichte und Sicherheitsbehörden sowie marode Dienstgebäude. Schlechte Arbeitsbedingungen und eine Digitalisierung mit unausgereiften Billiglösungen überfordern Polizei und Justiz.

Das Fundament der Sicherheitsbehörden bröckelt zunehmend. Wer bei der inneren Sicherheit spart, insbesondere beim Personal, und wer dogmatisch weiterhin Täter statt Opfer schützt, kann im Einsatz für mehr Sicherheit der Bevölkerung nicht erfolgreich sein.

Für die anstehenden Koalitionsverhandlungen erwartet die DPoIG Baden-Württemberg klare und richtungweisende Entscheidungen für die Polizei im Land.

„Der kommende Koalitionsvertrag muss deutliche Signale zur Stärkung unserer Polizei enthalten. Dazu gehören insbesondere konkrete Maßnahmen, die auch mit den notwendigen finanziellen Mitteln hinterlegt sind“, so Preis.

Aus Sicht der Gewerkschaft muss zudem eine spürbare Entlastung der Beamtinnen und Beamten durch zusätzliche Nichtvollzugsstellen im Fokus stehen. Administrative Aufgaben sollten verstärkt von speziell geschaffenen Stellen übernommen werden, damit Polizeibeamtinnen und -beamte wieder mehr Zeit für ihre eigentlichen Kernaufgaben auf der Straße haben. Auch Verbesserungen für den gehobenen Dienst seien notwendig – zehn Jahre im Eingangsdienst bieten keine Perspektive. Darüber hinaus sind eine personelle Stärkung, moderne Ausstattung sowie nachhaltige Investitionen in Infrastruktur und Ausbildung unverzichtbar, um den steigenden Anforderungen an die Polizei Baden-Württemberg gerecht zu werden.

Im Wahlprogramm der CDU finden sich hierzu zahlreiche gut ausgearbeitete Einzelmaßnahmen, die vielfach die Positionen der Deutschen Polizeigewerkschaft widerspiegeln. Auch Bündnis 90/ Die Grünen haben bei der Erstellung ihres Programms die Angleichung der Polizeizulage sowie deren Ruhegehaltsfähigkeit an den Bund aufgenommen – das wäre ein guter Start.

„Die Polizei leistet jeden Tag einen zentralen Beitrag für die Sicherheit unserer Gesellschaft. Dafür braucht sie verlässliche politische Rahmenbedingungen, bessere Arbeitsbedingungen und ausreichende Ressourcen“, erklärte Preis abschließend.

DPoIG-Initiative zur Messerabwehr

Bundesinnenminister Dobrindt begutachtet Tactical Arm Shield (TAS)

Beim Bundeskongress in Berlin stellte die DPoIG Baden-Württemberg ihre Initiative zur Messerabwehr vor. Mit dabei waren Christian Bulander, Geschäftsführer der NMH GmbH, sowie Marcel Schorrer, Abteilungsleiter Technik des Unternehmens, der das TAS entwickelte. Der Stand der DPoIG Baden-Württemberg entwickelte sich mit einem der Prototypen des Tactical Arm Shields zu einem echten Publikumsmagneten unter Gästen und Delegierten.

Auch Bundesinnenminister Alexander Dobrindt zeigte großes Interesse und schaute sich den Prototypen eingehend an. Chefentwickler Marcel Schorrer erläuterte die Funktionsweise, während Christian Bulander für Fragen zur Verfügung stand und über den aktuellen Entwicklungsstand informierte. Besonders interessierten den Bundesinnenminister die verwendeten Materialien sowie die nahezu explosionsartige Entfaltung des TAS.

Auf der General Police Equipment Exhibition und Conference (GPEC), einer der führenden Fachmessen für innere Sicherheit, Strafverfolgung und Heimatschutz, wird die NMH GmbH das Tactical Arm Shield erstmals einem breiten Fachpublikum vorstellen. Die GPEC in der Leipziger Messe bietet die ideale Plattform, um Ausrüstung und Technologien für unsere Einsatzkräfte praxisnah zu präsentieren und im direkten Dialog mit Anwenderinnen und Anwendern weiterzuentwickeln.



Marcel Schorrer, Christian Bulander und Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (von links)

© Windmüller



© Urban



© DPoIG

Christian Bulander (links) und Dirk Preis. Dirk Preis freut sich darüber, dass die NMH GmbH den Tactical Arm Shield nach Vorgaben der DPoIG mit hoher fachlicher Expertise entwickelt und dabei auch die Gesamtkosten trägt.



Marcel Schorrer (links) und Bundesinnenminister Alexander Dobrindt

© Urban

Polizeizulage

Erhöhung und Ruhegehaltsfähigkeit

Bündnis 90/Die Grünen haben die Polizeizulage explizit in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Vorgesehen sind eine Erhöhung auf 228 Euro sowie die Einführung der Ruhegehaltsfähigkeit. Noch vor nicht allzu langer Zeit hatte der damalige DPoIG-Bundvorsitzende Rainer Wendt alle Ministerpräsidenten zu diesem Thema angeschrieben und aus Baden-Württemberg – von Winfried Kretschmann und Co., in diesem Fall aus dem Finanzministerium – eine Absage erhalten. Umso bemerkenswerter ist der nun vollzogene Kurswechsel, der möglicherweise auch dazu geführt hat, dass Polizeibeamtinnen und -beamte in ihrer Wahlentscheidung die Grünen unterstützt haben.

Für die Landesseniorenvertretung ist die Ruhegehaltsfähigkeit seit Jahren ein zentrales Anliegen. Bereits der frühere stellvertretende Bundesseniorenbeauftragte Berndt Wittmeier hatte sich auf Bundesebene dafür eingesetzt und das Thema weit oben auf die Agenda gesetzt.

Die geplante Erhöhung der Polizeizulage um 91,80 Euro auf 228 Euro wirkt sich unmittelbar aus – für alle gleichermaßen, insbesondere aber für diejenigen, die Dienst zu ungünstigen Zeiten leisten, bringt sie mehr Geld ins Portemonnaie.

Von besonderer Bedeutung ist zudem die Ruhegehaltsfähigkeit, die – wie in anderen Bundesländern – langfristig Wirkung entfaltet. Bei einer Zulage von 228 Euro ergibt sich bei einem Ruhegehaltsatz von 71,75 Prozent ein monatlicher Betrag von rund 163,59 Euro. Davon profitieren auch diejenigen, die bereits im Ruhestand sind und über viele Jahre hinweg – teils bei deutlich geringeren Erschwerniszulagen – Dienst zu ungünstigen Zeiten geleistet haben. Erst dadurch werden die besonderen Belastungen, die über die aktive Dienstzeit hinaus nachwirken, angemessen berücksichtigt. Bei einer Ruhedauerdauer von 20 Jahren entspricht dies einem Betrag von nahezu 40 000 Euro (39 261,60 Euro).

Die klare Botschaft formuliert der DPoIG-Landesseniorenbeauftragte Thilo Marien: „Wir erwarten, dass die CDU diesem Vorschlag folgt. Zur Wahrheit gehört auch, dass die CDU bei der Forderung nach Ruhegehaltsfähigkeit bislang an unserer Seite stand.“



Thilo Marien,
Landesseniorenbeauftragter

Eintragung im Vereinsregister/Registergericht

Notartermin

Beim Landeskongress im Dezember wurden Dirk Preis zum Landesvorsitzenden und Christian Stemmler zum stellvertretenden Landesvorsitzenden neu in die Landesleitung gewählt. Der bisherige Landesvorsitzende Ralf Kusterer und sein Stellvertreter Oliver Auras waren aus der Landesleitung ausgeschieden. Solche personellen Veränderungen im sogenannten BGB-Vorstand werden – ebenso wie Satzungsänderungen – im Vereinsregister eingetragen.

Zu diesem Zweck nahmen Dirk Preis sowie die Landesgeschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert Anfang März einen Notartermin wahr. Hierfür wurden neben den erforderlichen Formularen auch die entsprechenden Protokolle des Landeskongresses eingereicht und die Unterschriften notariell beglaubigt. Ausreichend ist dabei die Unterschrift des Landesvorsitzenden, der alleinvertretungsberechtigt ist.

Die finanziellen Aufwendungen für diesen Vorgang sind überschaubar: Für Folgeeintragen werden 50 Euro fällig, hinzu kommen weitere Kosten für die Beglaubigung.

Mit einer solchen Eintragung sind intern weitere Konsequenzen verbunden. Dies betrifft beispielsweise Bankgeschäfte wie die Ausstellung einer Kreditkarte oder die Legitimation gegenüber Kreditinstituten, um die Handlungsfähigkeit sicherzustellen. Auszüge des Registergerichts werden zudem benötigt, wenn etwa Kreisverbän-



Sarah Leinert (links) und Dirk Preis

de ein Konto eröffnen möchten, da diese keine rechtsfähigen eigenständigen Vereine sind. Insgesamt wird deutlich, welche Verantwortung der Landesvorsitzende für den Gesamtverband trägt. —

Mitgliederversammlung im Präsidialverband PTLs Pol



Ein Präsidialverband besteht innerhalb des DPoIG-Landesverbandes dort, wo es innerhalb eines Polizeipräsidiums nicht mindestens zwei Kreis- oder Ortsverbände gibt. Aktuell gibt es einen Präsidialverband beim Landeskriminalamt und beim Präsidium Technik, Logistik und Service der Polizei.

Am 18. März 2026 trafen sich die Mandatsträger und Mitglieder des Präsidialverbands PTLs Pol in den Räumlichkeiten der Dienststelle in Bad Cannstatt. Zahlreiche Mitglieder waren der Einladung gefolgt, sodass der Vorsitzende Francesco Brancato sichtlich erfreut die Versammlung eröffnen konnte.

Nach einem Rückblick auf die vergangene Amtszeit sowie umfangreichen Berichten zu den Finanzen und zur Prüfung der Kasse wurde der Vorstand einstimmig entlastet.

Bei den anstehenden Wahlen gab es einige Änderungen in der Vorstandschaft:

Die Vorstandschaft

| | |
|-------------------------------------|---------------------|
| Vorsitzender des Präsidialverbandes | Francesco Brancato |
| Stellvertretender Vorsitzender | Carsten Prange |
| Geschäftsführerin | Martina Hoppe |
| Schatzmeister | Matthias Weckerlein |
| Kassenprüfer | Gerrit Heinrich |
| Kassenprüferin | Rita Schwering |
| Behindertenbeauftragter | Michael Pawlika |
| Tarifbeauftragter | Francesco Brancato |
| Stellvertretender Tarifbeauftragter | Heiko Richter |
| Stellvertretende Tarifbeauftragte | Martina Hoppe |
| Frauenbeauftragte | Rita Schwering |
| Schriftführerin | Aleksandra Sträck |
| Beisitzerin | Birgit Plohl |
| Beisitzer | Jürgen Hegel |
| Beisitzer | Adrian Schwarz |

Der Landesvorsitzende Dirk Preis ließ es sich trotz des vollen Terminkalenders nicht nehmen, der Versammlung einen Besuch abzustatten und für einen intensiven Austausch zur Verfügung zu stehen. Mit dabei war Sarah Leinert, die Landesgeschäftsführerin und Justiziarin des Landesverbandes. Dirk Preis bedankte sich bei allen Mitgliedern für deren Treue zur DPoIG sowie bei den aktiven Mandatsträgern für ihr Engagement. Ein besonderer Dank galt dem Vorsitzenden Francesco Brancato, der die Interessen des PTLs Pol und seiner Beschäftigten mit großer Vehemenz in den gewerkschaftlichen Gremien vertritt. Dirk Preis wörtlich: „Der Präsidialverband ist gut aufgestellt. Francesco Brancato ist ein Garant für eine gewissenhafte Verbandsführung, immer da, wenn man ihn braucht, und ein absolut verlässlicher und loyaler Mitstreiter. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.“

Jahreshauptversammlung im Kreisverband HfPol Biberach



Am 9. März 2026 fand die Jahreshauptversammlung des KV HfPol Biberach statt. Zahlreiche Mitglieder waren der Einladung in die Kieferstube im HAUS VIER gefolgt. Aus dem Murgtal kam Dirk Preis, Landesvorsitzender der DPoIG, aus Stuttgart Sarah Leinert, Landesgeschäftsführerin und Justiziarin. Preis gab an diesem Abend einen umfassenden Geschäftsbericht ab, der gemeinsam mit dem Bericht des Kreisvorsitzenden und amtierenden Vorsitzenden des Gesamtpersonalrats, Joachim (Jo) Beppler, den Teilnehmenden ein klares Bild der DPoIG und der zentralen berufspolitischen Herausforderungen vermittelte.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Ralf Kusterer nahm den Weg aus Pforzheim nach Biberach aus gutem Grund auf sich: Der DPoIG-Kreisverband HfPol Biberach gilt als Aktivposten in der Mitgliederwerbung. Mehrere Tausend Mitglieder konnten in den vergangenen Jahren für die DPoIG gewonnen werden. Als Topwerber bundesweit steht Berthold Kibler, Kreisgeschäftsführer sowie ehemaliger Kreis- und Bezirksvorsitzender, exemplarisch für diesen Erfolg. Für Kusterer war es daher selbstverständlich, bei der Versammlung anwesend zu sein, wenn sein langjähriger Wegbegleiter nach jahrzehntelangem Engagement seine „Frontarbeit“ beendet. Entsprechend würdigte er Kiblers Wirken und seine herausragenden Leistungen. Eine besondere Ehrung ist im Rahmen der Bezirkstagung vorgesehen.

Selbst für Außenstehende war schnell erkennbar, welches eingespielte Team sich am Standort der Hochschule in Biberach um die Anliegen der Mitglieder kümmert und mit welchem Engagement die Betreuung erfolgt. Dirk Preis dazu: „Das verdient unseren großen Respekt und Anerkennung. Auf das Team in Biberach mit dem Frontmann Jo Beppler kann und darf man immer zählen. Und das ist gut so. Um in der Fußballsprache zu bleiben: Berthold Kibler hat gut vorgelegt, und das Team um Beppler verwandelt die Vorlagen in Tore. Ich setze darauf, dass das so bleibt. Vielen Dank.“

Die Vorstandschaft

| | |
|-----------------------------------|------------------|
| Kreisvorsitzender | Joachim Beppler |
| 1. stellvertretender Vorsitzender | Stefan Köppe |
| 2. stellvertretende Vorsitzende | Eva-Maria Weltle |
| Geschäftsführer | Markus Kruppa |
| Schriftführer | Joachim Barton |
| Stellvertretender Schriftführer | Stefan Köppe |
| Schatzmeister | Thomas Braunger |
| Kassenprüfer | David Haberbosch |
| Kassenprüfer | Markus Kosok |
| Tarifbeauftragter | Sebastian Sladec |
| Frauenbeauftragte | Irene Mahle |
| Vertreterin JUNGE POLIZEI | Nina Wolf |
| Seniorenbeauftragter | Ricardo Schorpp |
| Beisitzer | Berthold Kibler |
| Beisitzer | Tim Schlegel |

Nicht unerwähnt bleiben darf das Küchenteam, das mit hervorragend zubereiteten und ansprechend angerichteten Speisen unterstützte. Ein besonderer Dank gilt den engagierten Helferinnen und Helfern.

Jahreshauptversammlung Rems-Murr in Winnenden-Birkmannsweiler

Am 18. März 2026 fand in der Gaststätte Talaue die diesjährige Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Rems-Murr statt. Erstmals nahm der neue Landesvorsitzende Dirk Preis teil, begleitet von Sarah Leinert, Landesgeschäftsführerin und Justiziarin. In seinem umfassenden Geschäftsbericht zog der Kreisvorsitzende Andreas Schlipf eine positive Bilanz. Besonders hob er den erfreulichen Mitgliederzuwachs hervor. „Der Kreisverband steht gut da. Das hat sich auch im starken Abschneiden bei der Wahl des örtlichen Personalrats niedergeschlagen“, so Schlipf.

Er berichtete zudem von einer zweitägigen Klausurtagung, bei der unter anderem Strategien für den ÖPR-Wahlkampf erarbeitet wurden, sowie von einem gut besuchten Kandidatentreffen. Sein Dank galt seinen Stellvertretern, dem Geschäftsführer Kenneth Eckstein und dem Kassenverwalter Steffen Ellinger, für die stets reibungslose und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Der Bezirksvorsitzende Manfred Ripberger unterstrich in seinem Grußwort die starke Positionierung der DPoIG auf Bundes- und Landesebene. Auch Polizeipräsident Reiner Möller setzte mit seiner Anwesenheit ein deutliches Zeichen für die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit im PräsidiumsBereich und sprach von einer guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit. In seinem Grußwort ging er auf aktuelle Herausforderungen ein, darunter die Einstellungsoffensive, die Einführung der neuen Uniform sowie den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge.

Der im Dezember neu gewählte Landesvorsitzende Dirk Preis beleuchtete in seinem Lagebericht aktuelle Entwicklungen und Problemstellungen. Dazu zählen unter anderem Forderungen zur Wo-



chenarbeitszeit, das mögliche Aus des Lebensarbeitszeitkontos sowie ein Vorschlag der CDU, die Wochenarbeitszeit für Beamte ab 55 Jahren um eine Stunde zu reduzieren. Ein besonderes Anliegen war ihm der Dank an die zahlreichen ehrenamtlichen Engagierten: „Die Ansprechpartner für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort sind unverzichtbare Bindeglieder der Gewerkschaftsarbeit. Was hier geleistet wird, ist enorm – dafür gilt mein besonderer Dank.“

Peter Becker für 50 Jahre Mitgliedschaft geehrt

Zum Abschluss der Veranstaltung nahm Andreas Schlipf eine besondere Ehrung vor: Für 50 Jahre Mitgliedschaft in einer demokratischen Gewerkschaft wurde der Pensionär Peter Becker ausgezeichnet. Dirk Preis nutzte die Gelegenheit, um sich persönlich für die langjährige Treue zu bedanken.

JUNGE POLIZEI im KV HfPol Biberach

Volleyballturnier mit starker Beteiligung



Die Organisation und souveräne Spielleitung lagen erneut in den Händen von Mara Schaal und ihrem Team, die mit großem Einsatz für einen reibungslosen Ablauf des Turniers sorgten.

Am 23. März 2026 fand am Hochschulstandort Biberach ein spannendes Volleyballturnier mit 17 Mannschaften sowie rund 250 Teilnehmenden und Zuschauenden statt. In fairen und engagierten Spielen lieferten sich die Teams packende Begegnungen. Die hervorragende Stimmung übertrug sich gleichermaßen auf Spielfeld und Publikum.

Den ersten Platz sicherte sich der Fachbereich 4 der Hochschule für Polizei in Biberach. Auf Rang zwei folgte die Klasse BC2557, den dritten Platz belegte die Klasse BC2556. Auch die Preisverleihung konnte sich sehen lassen: Die Siegerteams wurden mit DPoIG-Trinkflaschen ausgezeichnet, die Zweitplatzierten erhielten DPoIG-Multitools und die Drittplatzierten freuten sich über DPoIG-Einsatzbesteck.

Das Turnier erwies sich als voller Erfolg und unterstrich einmal mehr die große Begeisterung für den Sport unter den Teilnehmenden. Die JUNGE POLIZEI vor Ort stellte dabei erneut ihr starkes Engagement für die Mitglieder sowie den Zusammenhalt am Hochschulstandort unter Beweis.

IMPRESSUM

Redaktion:
Jörg Kluge (V. i. S. d. P.)
Telefon: +49.172.1397377
E-Mail: Joerg.Kluge@dpolg-bw.de
Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Tel.: 0711.9979474-0
Fax: 0711.9979474-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
Internet: www.dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830



Die Siegermannschaft vom Fachbereich 4 der HfPol Biberach